

Zentrum gegen Vertreibungen auf der Oderinsel?

Küstrin-Kietz und Kostrzyn wollen sich gemeinsam als Standort für die Einrichtung bewerben / Unterstützung der Landesregierung eingefordert

Von RICO JALOWIETZKI

Küstrin-Kietz (MOZ) Ministerpräsidenten haben niemals Zeit! So nahm Brandenburgs Kabinettschef Matthias Platzeck (SPD) samt Gefolge die Oderinsel in Küstrin-Kietz denn auch flotten Schrittes ein. Als es im Eiltempo am alten Kasernengelände vorbeiging, konnte Landrat Jürgen Reinking aber wenigstens noch schnell einwerfen: „Architektonisch ist das doch etwas sehr Schönes.“ Vielleicht eine Bemerkung nicht ganz ohne Hintergedanken. Doch die genauen Absichten sollte der Ministerpräsident erst später erfahren.

Nach einem Blick auf den Grenzfluss und Erinnerungen an das Hochwasser von 1997 konnte Matthias Platzeck am Fischereihof von Detlef Schneider auf der Insel Welsuppe löffeln. Der Fischer erzählte dem Regierungschef, dass er eine Gaststätte als künftiges Standbein für seine Tochter eröffnen wolle. „Mit der Fischsuppe haben Sie da bestimmt gute Aussichten“, lobte der Ministerpräsident.

Eines dürfte dem Regierungschef bestimmt nicht verborgen geblieben sein. Hinter dem Kasernengelände sieht die Oderinsel derzeit alles andere als zukunftsträchtig aus. Die Gebäude sind verfallen. Das Unkraut wuchert, wo es nur kann. Eine Zahl

kursierte: Angeblich soll die Beräumung des Areals etwa zwei Millionen Euro kosten. Hauptgrund dafür ist die übermäßig hohe Munitionsbelastung des Geländes.

Die Teller mit der Fischsuppe waren inzwischen leer, der Gesprächsstoff vorerst aufgebraucht. Der Ministerpräsident folgte der auf der Oderinsel ausgesprochenen Einladung ins Kulturhaus Küstriner Vorland.

Dort dann der Paukenschlag: Matthias Platzeck bekam einen von Lothar Ebert, Bürgermeister Bernd Korb und Kostrzyns Stadtoberhaupt Andrzej Kunt unterzeichneten Petitionsantrag überreicht. Darin ist festgehalten, dass sich die beiden Grenzzorte gemeinsam als Standort für das vom Bundestag abgesegnete Europäische Zentrum gegen Vertreibungen bewerben wollen. Das Haus soll nach dem Willen beider Gemeinden auf der Oderinsel in einem Kasernengebäude sein Domizil erhalten. Brandenburgs Landesregierung wird in dem Petitionsantrag dazu aufgefordert, das Vorhaben der beiden Teile einer ehemaligen Gesamtstadt zu unterstützen. Alle Beteiligten waren sich einig, dass es nicht einfach werde, das Europäische Zentrum gegen Vertreibungen an die Oder zu holen. Die Konkurrenz sei unter anderem mit Berlin und Breslau sehr stark, hieß es.



Amtsleiter Lothar Ebert (mitte) erläutert Ministerpräsident Matthias Platzeck, wie es künftig auf der Oderinsel in Küstrin-Kietz aussehen soll.

MOZ-Foto: Rico Jalowietzki

Viele Worte ließ sich der Kabinettschef nicht entlocken. „Sie richten sich also schon völlig auf die Zeit nach 2004 ein“, erklärte Platzeck. „Aber das ist ja alles nicht sehr billig. Wir müssen bedenken, dass wir mancher Dorfkirche nicht mal ein Dach geben

können.“ Kostrzyns Bürgermeister Andrzej Kunt betonte: „Jede Möglichkeit der Zusammenarbeit macht uns Freude. Wir versuchen alles zu tun, damit dieses gemeinsame Vorhaben gelingt.“ Das Europäische Zentrum gegen Vertreibungen soll Geschichte

aufarbeiten und dokumentieren sowie eine beratende Funktion für die heutige Politik übernehmen. Was auf der Oderinsel von Küstrin-Kietz künftig noch alles geplant ist, darüber erfahren Sie, liebe Leser, in einer unserer nächsten Ausgaben.